Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

130 (18.3.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G.m.b.H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 130 — 77. Jahrgang. — **Karlsruhe, Montag, 18. März 1918** — 77. Jahrgang. — **Abendblatt.**

138 feindliche Flugzeuge und 18 Fesselballone im Februar abgeschossen.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 18. März. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern

In Flandern, nördlich von Armentieres, sowie in Verbindung mit englischen Vorstößen zu beiden Seiten des La Bassée-Kanals war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert. An der übrigen Front blieb sie in mäßigen Grenzen.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und von Gallwitz.

Zwischen Oise und Lys, nördlich von Reims und in einzelnen Abschnitten in der Champagne lebte das Artilleriefeuer auf; in größerer Stärke hielt es tagsüber auf beiden Maasufern an.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

An der lothringischen Front und in den mittleren Vogesen zeitweilige Tätigkeit der Artillerien.

An der ganzen Front sehr rege Fliegertätigkeit. Französische Flieger warfen Bomben auf die als solche deutlich erkennbaren Lazarettanlagen von Le Thour.

Wir schossen gestern

22 feindliche Flugzeuge und zwei Fesselballone ab.

Leutnant Kroll errang seinen 21. Luftsieg.

* * *

Im Februar beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten:

18 Fesselballons und

138 Flugzeuge, von denen 59 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 61 Flugzeuge und drei Fesselballons verloren.

Osten.

In der Südukraine wurde Nikolajew besetzt.

* * *

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Feindliche Fliegerangriffe auf offene Städte.

WTB. Karlsruhe, 17. März. Heute Mittag griffen feindliche Flieger die offene Stadt Zweibrücken an. Stadt und Betriebe waren rechtzeitig alarmiert. Es fielen mehrere Bomben, die keinen nennenswerten Sachschaden anrichteten. Leider wurde jedoch ein Mädchen getötet; einige Personen wurden verletzt.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 17. März. (Amtlich.) Im mittleren Mittelmeer versenkten unsere U-Boote

6 Dampfer und einen Segler von zusammen 25000 B.-R.-T.

Die Dampfer wurden teilweise bei schwerem Wetter aus starkgesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Unter den versenkten Fahrzeugen befanden sich die englischen Dampfer „Maltby" (3977 B.-R.-T.), „Machaen" (6738 B.-R.-T.), „Clan Mac Fe Pherson" (4779 B.-R.-T.), und „Ayr" (3050 B.-R.-T.). Die Dampfer waren anscheinend alle beladen. Der Dampfer „Ayr" hatte eine Baumwollladung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Vergewaltigung Hollands.

Ein Rechtfertigungsversuch der Entente.

);(London, 18. März Nach Reuters Informationen beträgt die gesamte holländische Tonnage in den alliierten Häfen ungefähr eine Million Tonnen; davon sind etwa 70 Proz. in den Vereinigten Staaten, 15 Proz. in Großbritannien und 15 Proz. in den Häfen der anderen Alliierten. Der Standpunkt der Alliierten hinsichtlich der niederländischen Schiffe wurde vergangene Woche mitgeteilt. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit wurde die Antwort für nächsten Montag verlangt; es müsse betont werden, daß nicht der geringste Wunsch bestehe, Holland zu strafen. (!!) Die Alliierten bezweckten nur, Schiffsraum in den Welthandel zu bringen und zwar in der einwandfreiesten Weise. (!!) Es bestehe nicht der Wunsch, irgend eine unfreundliche Handlung vorzunehmen, (!) doch seien die Alliierten befugt, die ihnen zustehenden Rechte auszuüben, (!) wenn möglich, im Wege der Vereinbarung, andernfalls durch rechtmäßige Gewalt. (!!) Man empfindet, daß die Zeit gekommen sei, da alle Völker der Welt sich zusammentun sollten, um Deutschlands Aushungerungsversuch gegen die Welt unwirksam zu machen. (!!) Es sei vollkommen klar, daß Deutschlands Angriff ein Anschlag auf den gesamten Welthandel sei; alle müßten sich dem widersetzen. Dies sei die Ansicht der Alliierten.

*

Dieser Rechtfertigungsversuch, der jetzt vom Reuterbüro verbreitet wird, leistet wieder das Menschenmögliche an Heuchelei und Verdrehungskunst gegenüber den einfachsten und klarsten Tatsachen. Die Entente versucht durch einen brutalen Gewaltakt dem neutralen Staat und seinen Rhedern ihre Schiffe zu ausgesprochenen Kriegszwecken zu rauben, gleichzeitig aber erklärt sie mit scheinheiliger Gebärde, „es bestehe nicht der Wunsch, irgend eine unfreundliche Handlung vorzunehmen" und sie prägt das wunderschöne, echt britische Wort von der „rechtmäßigen Gewalt". Das paßt wahrlich zu dem Vorgehen der Alliierten gegenüber Holland wie die Faust aufs Auge. Das Tollste aber ist, daß die Entente es jetzt für die heiligste Pflicht der neutralen Völker erklärt den Aushungerungsversuch Deutschlands gegen die Welt unwirksam zu machen! Die ganze neutrale Welt muß ob dieser angelsächsischen Unverfrorenheit in grenzenloses Erstaunen verfallen, nachdem die Entente in mehr als drei Jahren durch die schärfsten Druckmittel versucht hat, die Neutralen in den Aushungerungskrieg gegen die Völker der Mittelmächte hineinzuziehen.

Ein Blick hinter die Kulissen der Verhandlungen in Bukarest.

() Berlin, 17. März. Aus Wien wird der „Tägl. Rundschau" geschrieben: Oesterreich-Ungarn fordert bekanntlich von Rumänien zur Sicherung seiner Grenzen von Czernowitz bis zum Eisernen Tor Grenzberichtigungen, welche zum Teil aus Bessarabien, ferner aus einem schmalen Grenzstreifen der Moldau und der beiden Walacheien gebildet werden sollen. Wie verlautet, wird der Bezirk Chotin (am Dnjestr) in Nordbessarabien mit der Bukowina vereint werden. Dies entspricht dem Wunsche der dortigen Bevölkerung. Sodann sollen strategisch wichtige Höhen in den Karpathen, die die Bergübergänge nach Rumänien beherrschen, soweit sie bisher auf rumänischem Gebiet lagen, künftighin diesseits der österreichisch-ungarischen Grenzpfähle sich befinden. Der von Oesterreich-Ungarn geforderte Grenzstreifen wird nirgends eine größere Breite als 20 Kilometer haben und zumeist sehr dünn bevölkertes, mit Wald bedecktes Gebiet umschließen. Eine tiefere Grenzberichtigung wird nur auf der Strecke vom Roten Turm-Paß bis zur Donau gefordert. Wie verlautet, soll zur Sicherung der Pässe (Roter Turm- und Vulkan-Paß), der porta orientalis, und des Eisernen Tores der westliche Teil der kleinen Walachei mit der Stadt Turnu Severin beansprucht werden. Dies geschieht hauptsächlich zur Sicherung der Schiffahrt auf der Donau. Oesterreich-Ungarn wird dadurch künftighin Uferstaat der unteren Donau werden, wodurch die Machtstellung der Monarchie eine völkerrechtlich unanfechtbare Grundlage erhält.

Hand in Hand damit wird eine Neuregelung der Donaumündungsfrage in der Weise erfolgen, daß die bisherige internationale Donaumündungs-Kommission, die sog. Europäische Donaumündungs-Kommission, durch eine Kommission der Donau-Uferstaaten ersetzt wird. Diese Kommission wird künftighin nicht nur über Sulina- und Kilija-Mündung, sondern auch über jene Donaumündung die Kontrolle haben, über welche bisher Rußland schalten konnte. Diese sogenannte Dezakow-Mündung wird aller Wahrscheinlichkeit nach aus russischem Besitz in rumänischen übergehen. Bulgarien wird Donaumündungsstaat, nachdem die ganze Dobrudscha an Bulgarien kommt. Als Ausgleich für diese Abtretungen und Grenzberichtigungen wird Rumänien nicht bloß die im Jahre 1878 von Rußland entrissenen drei Bezirke am linken Donau-Ufer, Reni, Bolgrad und Ismail erhalten, sondern auch noch eine nicht unbeträchtliche Gebietserweiterung jenseits der Pruth. Als Kompensation für die Erwerbung der Dobrudscha hat Bulgarien die Eisenbahn Cernavoda—Konstanza im Betrieb einer zu bildenden gemischten bulgarisch-rumänischen Gesellschaft zu belassen.

Als Ausgleich für den Erwerb der Dobrudscha fordert die Türkei eine Grenzberichtigung am Unterlauf der Maritza und dadurch die Rückgabe der in den Verhandlungen von 1915 an Bulgarien abgetretenen Eisenbahnlinie Adrianopel—Dedeagatsch. Diese vollberechtigte Forderung, von deren Erfüllung die künftige Existenz Adrianopels abhängt, wird von den Zentralmächten eifrig unterstützt.

Die Befreiung Kiews.

Uns wird geschrieben: Die Befreiung Kiews ist der Schnelligkeit und Kühnheit des Vormarsches der deutschen Truppen zu verdanken, denen sich an allen Orten ukrainische Abteilungen anschlossen. Mit der Sprengung der Bahnbrücken über die 50 Meter breite und tiefe Schlucht des Teterew an der Bahn Kowno-Berditschew am 24. 2. glaubten die Bolschewisten, den Vormarsch aufzuhalten. Die Deutschen luden ihre Truppen jedoch vor den gesprengten Brücken mittels von den Pionieren rasch errichteten Notrampen aus, setzten auf einem Damm über den Fluß und erreichten mittels Fußmarsch die Station Olschanka. Hier gelang es ihnen, sich eines Zuges zu bemächtigen, und die Fahrt gegen Berditschew fortzusetzen. Mit dem Erscheinen der deutschen Truppen am 26. 2. wagten die Bolschewisten angesichts der starken national-ukrainischen Partei keinen weiteren Widerstand und räumten eiligst die Stadt. Der deutsche Führer sandte ihnen sofort auf requirierten Automobilen eine schwache Abteilung nach, die noch am gleichen Tage Kasatin erreichte.

Der kühne Handstreich gelang. Die Bolschewisten wurden vollkommen überrumpelt. Mit Hilfe der Ukrainer gelang es, einen Adjutanten des Bolschewiki-Führers Murawjew abzufangen, der die ganzen Pläne für den bolschewistischen Aufmarsch bei sich trug. Aus den 166 Lokomotiven und 500 Waggons wurden eilig Züge zusammengestellt, mit denen man von Beridazew Verstärkungen heranholte. Die Bolschewiki hatten beabsichtigt, in Kosatin eine starke Truppenmacht zu konzentrieren. Von drei Seiten rollten Züge heran, die durch Maschinengewehrfeuer zum Stehen gebracht, und deren Insassen entwaffnet wurden. Die Beute war groß. Außer dem rollenden Material wurden große Lebensmitteldepots, ferner 35 Geschütze mit gewaltigen Munitionsvorräten in Besitz genommen.

Noch am 28. wurden Abteilungen bis Fastow vorgeworfen, von wo aus am 1. 3. morgens ein Bataillon mit einer Batterie auf der Bahngegend Kiew vorgeschickt wurden, das sie um 2 Uhr mittags erreichten. Der Kiewer Bahnhof war kurz vorher von einer schwächeren ukrainischen Abteilung mit einem Geschütz besetzt worden. Die Deutschen gingen sogleich gegen die Bahnbrücken vor. Hier stand ein Panzerzug, der die Vorbereitungen zur Sprengung vom jenseitigen Brückenende decken sollte. Um ihn zu vertreiben, wurden eiligst Geschütze auf Plattformwagen herangebracht, der Panzerzug verjagt und während der Nacht die Brücken genommen. Dank dem raschen Angriff hatten die Bolschewisten die beabsichtigten Sprengungen nur zum Teil ausführen können, sodaß die Brücke vor dem Einsturz bewahrt blieb und nur leichte Beschädigungen erlitt.

Am nächsten Morgen wurde eine Abteilung gegen die Straßenbrücken vorgeschickt, die mit lebhaftem Feuer von den Inseln und vom jenseitigen Ufer aus empfangen wurde. Nach kurzem Gefecht erschien ein Parlamentär, der erklärte, daß die gegenüberstehende tschechische Division mit der Rada zu verhandeln wünsche. Er erklärte, daß die Tschechen der Ukraine wie den Bolschewisten neutral gegenüberständen, dagegen Deutsche wie Oesterreicher als Feinde betrachteten. Die Antwort der Rada lautete, die Feinde Deutschlands seien auch die Feinde der Ukraine. Daraufhin benutzten die Tschechen den vereinbarten Waffenstillstand, um unter Brechung der vereinbarten Bestimmungen heimlich in der Nacht abzuziehen. Sobald der Abzug bemerkt wurde, rückten ihnen die Deutschen und Ukrainer eiligst nach. Am 3. 3. wurde die Eisenbahnstation Darnitza besetzt, von der aus die Bolschewisten Kiew vor der Einnahme bombardiert hatten. Am 4. wurde Browaray erreicht und damit der Brückenkopf auf dem linken Dnjepr-Ufer soweit vorgeschoben, daß bei einem etwaigen Gegenangriff keine Gefahr für die Stadt mehr bestand. Auch südlich Kiew blieb der Vormarsch im Fluß. Die Stadt Bjelaja-Zerkow, die bis zum 1. 3. von einer ukrainischen Abteilung gehalten worden war, griffen starke Bolschewisten-Truppen an und beschossen sie von Panzerzügen aus. Am 2. 3. war deutsche Unterstützung heran, die Bolschewiki wurden zurückgeworfen und die Stadt gesichert. (ba.)

Bunte Chronik.

○ **Das eingebildete Schwindelgefühl beim Fliegen.** Die Angst vor der geringen Flugsicherheit von Ballon und Luftschiff ist längst völlig unbegründet geworden, da diese beiden Luftverkehrsmittel den Passagier heute bereits geringeren Gefahren aussetzen als die Eisenbahn. Aber auch in der Flugzeugtechnik wurden bedeutende Fortschritte gemacht, und heute gibt es bereits zuverlässige Normaltypen, die als unbedingt flugsicher gelten können. Trotzdem werden noch immer viele Leute, die der gleichen Anschauung sind, sich vor dem Fliegen scheuen, und zwar aus Angst vor dem Schwindelgefühl. Den Nachweis dafür, daß diese Angst jedoch nichts anderes als Einbildung ist, sucht A. Büttner in der „Umschau" zu erbringen. Er stellt fest, daß erfahrungsgemäß niemals einem Menschen beim Fliegen schwindlig geworden sei, wenn man vom Fliegen im Dunkel der Nacht, und der plötzlichen Blendung durch grelles Licht, sowie von Luftfahrten im bewölkten Wolken- und Nebelmeer absieht. Der Berichterstatter erklärt, daß er beim Bergbesteigen stets auf halber Höhe schwindlig geworden sei, bei seiner ersten Ballonfahrt jedoch nicht das leiseste Schwindelgefühl empfunden habe. Dies beruhte darauf, daß ihm während der Luftfahrt der Sinn für jede Größe und Entfernung fehlte. Es ist den Augen und dem Sinn beim Fliegen kein Anhaltspunkt gegeben, einen Eindruck von der wirklichen ungeheuren Höhe zu gewinnen, und man kann auch nicht an irgendetwas hinuntersehen, wie beim Bergsteigen oder auf hohen Bauten. Der Sinn für die Entfernung von der Erdoberfläche geht beim Fliegen in solchem Maße verloren, daß man z. B. glaubt, eine in die Tiefe geflatterte Karte sei bereits auf dem Erdboden angekommen, während dies noch längst nicht der Fall ist. Es handelt sich hier um eine ganz allgemeine Täuschung, denn je höher man fliegt, desto dünner und daher durchsichtiger wird die Umgebung der Luft, desto weniger kommt dem Flieger die ihn von der Erde trennende große Entfernung zum Bewußtsein. Das Schwindelgefühl aber entsteht hauptsächlich aus einem plötzlichen krank-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Helfferich über den Wirtschaftskrieg und Wirtschaftsfrieden.

WTB. Berlin, 16. März. Der Verband für den Einfuhrhandel hat am Sonntag im Dienstgebäude der Handelskammer von Berlin seine Mitgliederversammlung abgehalten, bei der der Staatsminister Dr. Helfferich über den Wirtschaftskrieg sprach. Er führte u. a. aus:

Wenn uns der Frieden nicht wiederbringt, was draußen in der Welt unsere Feinde uns genommen, sabotiert haben, wenn er uns draußen in der Welt nicht die Freiheit unserer Arbeit und unseres Unternehmungsgeistes wiederherstellt, dann ist das deutsche Volk für absehbare Zeit zum Krüppel geschlagen. Dann werden wir unsere Bevölkerung und unsere Lebenshaltung unter unsagbaren Zuckungen und Leiden zurückschrauben müssen, dann werden wir zurückgeworfen in das ohnmächtige Elend, aus dem unsere Väter und Großväter unser Volk in einer in der Weltgeschichte beispiellosen Wiedergeburt heraus geführt haben. Ist solcher Rückfall nicht eben so schlimm wie eine territoriale Verstümmelung? Ist Gegenwehr gegen solchen Rückfall nicht ebensogut eine Verteidigung wie Wacht? Ich wünschte, daß alle Blätter, die in den arbeitenden Schichten unseres Volkes gelesen werden, täglich in Sperrdruck die Mahnung enthielten: „Arbeiter! Dieser Krieg geht um dein tägliches Brot!"

Der britische Schatzkanzler Bonar Law hat noch in seiner letzten Budgetperiode zum hundertsten Male als ein einheitliches und unabänderliches Kriegsziel der Alliierten die Vernichtung des deutschen Militarismus proklamiert. So antworte ich ihm nun:

Es lebe das Volksheer!

Unserem straff organisierten Volksheer und seinen großen Führern verdanken wir es, wenn wir uns gegen eine Uebermacht, wie sie die Geschichte noch nicht gesehen hat, siegreich behauptet und in dem eisernen Wall der Feinde eine klaffende Bresche geschlagen haben. Der Beweis für die Berechtigung und Notwendigkeit des „Militarismus" hätte die Weltverschwörung unserer Feinde erbracht, wenn nicht schon vor dem Weltkriege im Jahre 1914 ein klassischer Zeuge britischer Nationalität diese Berechtigung in folgenden Worten anerkannt hätte: Die deutsche Armee ist eine Lebensnotwendigkeit nicht nur für das Reich, sondern auch für die Unabhängigkeit des deutschen Volkes, da Deutschland von zwei Staaten flankiert ist, deren jeder eine der deutschen gleichkommenden Armee unterhält. Wir dürfen nicht vergessen, daß, während wir eine Ueberlegenheit von 60 Prozent über die Streitkräfte Deutschlands fordern, Deutschland hinsichtlich seines Heeres keinen Anspruch auf den Zweimächte-Standart macht." Der Engländer, der damals zu den Engländern diese vernünftigen Worte gesprochen, heißt Lloyd George, heute der lauteste Rufer im Streit, dagegen, was er „deutschen Militarismus" und Imperialismus" nennt, derselbe Lloyd George, der vor drei Tagen vor englischen Freikirchen den Namen der Freiheit blasphemiert hat, der dort wagte, im Augenblick der Vergewaltigung Hollands die Freiheit der Völker als Gott wohlgefälliges Kriegsziel anzurufen! Durch alle Verbrämung und Bemäntelung bleibt für uns der Sachverhalt bestehen, der Frieden, den wir brauchen, ist vor allem der Weltwirtschaftsfrieden, ohne den es keinen Frieden für uns gibt, und den wir uns noch erkämpfen.

Im Anschluß an diese Ausführungen besprach Dr. Helfferich

die Gestaltung des Wirtschaftsfriedens

Der Wirtschaftsfrieden gewann bereits im Friedensvertrag mit Rußland Gestalt. Für die Verhandlungen im Westen sei er weiter auszubauen. Nach eingehenden Darlegungen faßt Dr. Helfferich das Programm des Wirtschaftsfriedens in die kurzen Worte:

„Wir verlangten für den Rechtsbruch und die Zerstörungen eine Wiederherstellung der Schäden und eine Entschädigung. Wir begegnen der Absicht der Differenzierung mit der Forderung der Meistbegünstigung und Gleichberechtigung, der Absicht der Ausschließung mit der Forderung der offenen Tür und des freien Meeres, der Drohung der Rohstoffsperre, mit der Forderung der Rohstofflieferung."

Der Wirtschaftsfrieden, fügte Dr. Helfferich hinzu, werde immer ein Teil des Gesamtfriedens sein, und in diesem Sinne eine Verankerung haben. Die Schwierigkeiten sind auch dann nicht gering. Mancher Faden ist rettungslos zerrissen. Nur langsam wird die Flut von Haß und Erbitterung abebben, in die dieser Krieg die Welt getaucht hat. Die große geographische Umschichtung, die unser Außenhandel im Kriege erfuhr, wird in manchen Punkten sich als dauernd erweisen. Der Einfuhrhandel wird vielfach der Leidtragende sein, aber er wird sich mit der neuen Lage sicher überall abfinden, wo es wohl im ganzen verlangt wird. Er wird seine Anpassungsfähigkeit aufs neue beweisen und für das Verlorene einen Ausgleich finden in dem schöpferischen Neuaufbau. Dazu muß dem Einfuhrhandel allerdings eins gegeben werden, was er jetzt schmerzlich vermißt: Bewegungsfreiheit.

Deutsche Gegenmaßnahmen zur See.

WTB. Berlin, 17. März. Die deutsche Regierung sieht sich genötigt, infolge des Verhaltens der englischen Seestreitkräfte in dem von England erklärten Sperrgebiet um die Deutsche Bucht Maßnahmen zu ergreifen, die für die neutrale Schiffahrt in einem bestimmten Gebiet eine äußerste Gefahr bedeuten. Die neutralen Schiffe werden daher eindringlich vor dem Befahren dieses Gebietes gewarnt, unter dem Hinweis, daß die deutsche Regierung für die Folgen keinerlei Gewähr übernimmt, es sei denn, daß das Befahren in Uebereinstimmung mit besonderen Anweisungen geschieht, die in jedem einzelnen Falle von der deutschen Seekriegsleitung einzuholen sind. Die Grenze des in Frage stehenden Seegebietes verläuft von dem Schnittpunkt des Breitengrades 57 Grad, 8 Minuten nördlich mit der dänischen Hoheitsgrenze nach dem Schnittpunkt des Breitegrades von 53 G. 6 M. nördlich mit der holländischen Hoheitsgrenze.

Ein nationalliberaler Wahlerfolg.

* Im Wahlkreis Niederbarnim hat die alte sozialdemokratische Partei mit den Unabhängigen um die Erbschaft des Abgeordneten Stadthagen gerungen. Das Endergebnis wird erst in der Stichwahl erzielt werden. Indessen hat sich im ersten Wahlkampf bereits eine verhältnismäßige Schwäche der radikalen Sozialdemokratie herausgestellt, die um so bezeichnender ist, als sie in einer ihrer Hochburgen, nämlich in den Arbeitervororten von Groß-Berlin, in die Erscheinung getreten ist. Man muß allerdings bedenken, daß die Wahl sich unter Verhältnissen abspielte, die für die Unabhängigen ungünstiger lagen als für die alte Sozialdemokratie. Die Unabhängigen hatten keine Presse zur Verfügung und konnten dem „Vorwärts" kein Organ entgegenstellen. Außerdem hatten sie einen Kandidaten aufgestellt, der in den Arbeiterkreisen keine rechte Anziehungskraft ausüben konnte. Das hindert indessen nicht, festzustellen, daß die Unabhängigen in Niederbarnim einen Mißerfolg zu verzeichnen haben, der ihren Erfolg bei den Leipziger Stadtverordnetenwahlen mehr als aus ausgleicht. In der Stichwahl wird der sozialdemokratische Kandidat Wissell gegen den Kandidaten der Unabhängigen, Dr. Breitscheid auch aus eigener Kraft das Feld leicht behaupten.

Interessant und von großer Bedeutung sind die Stimmenzahlen, die die einzelnen bürgerlichen Parteien erzielt haben. Zum ersten Male seit mehr als 40 Jahren ist die Nationalliberale Partei in einem Groß-Berliner Wahlkreis in einen Wahlkampf eingetreten. Es hat in ihren eigenen Parteikreisen nicht an Bedenken gefehlt es hat Stimmen gegeben, die davor warnten, sich in diesen Kampf einzulassen. Es wurde von ihnen darauf hingewiesen, daß von allen Groß-Berliner Wahlkreisen Niederbarnim der ungünstigste sei, weil dort die Bevölkerungsschichten, auf die sich die Nationalliberale Partei sonst stützt, nur in geringer Zahl vertreten sind. Demgegenüber haben die Befürworter einer eigenen Kandidatur sich auf den Standpunkt gestellt, daß gerade jetzt die Nationalliberale Partei mit ihrem Eintreten für eine starke Politik nach außen und freiheitliche Reformen im Innern eine starke Anziehungskraft in allen Bevölkerungskreisen ausüben müsse. Sie haben sich mit ihrem Optimismus erfreulicherweise durchgesetzt und damit recht behalten. Für die Richtigkeit ihrer Auffassung spricht der Umstand, daß die Nationalliberalen in diesem Wahlkreise, in dem seit dem Jahre 1874 niemals nationalliberale Stimmen abgegeben worden sind, sich an die Spitze aller bürgerlichen Parteien gesetzt haben. Diese Tatsache zeigt am besten die durchschlagende Kraft der nationalliberalen Idee. Die bürgerlichen Mitbewerber haben alle empfindliche Verluste erlitten. Die Konservativen haben, selbst bei Berücksichtigung der verminderten Wählerzahl, nur einen Bruchteil ihrer ehemaligen Anhängerschaft aus dem Wahlkampfe gerettet. Die Fortschrittliche Volkspartei, die mit ihrer Politik in den Spuren Erzbergers wandelt, sieht sich auf weniger als die Hälfte ihrer früheren Stimmenzahl herabgedrückt.

Die abgegebenen nationalliberalen Stimmen reichen bis in die Mitte der Arbeiterbevölkerung, die es nicht verstehen kann, daß Deutschland alles das, was es mit schweren Opfern errungen hat, zugunsten einer Politik nach dem Muster der Friedensresolution wieder aufs Spiel setzen soll. Vielleicht zieht der Freisinn aus den Erfahrungen dieser Ersatzwahl die Lehre, daß er mit seiner schwächlichen Politik selbst in Groß-Berlin, das doch manchen als das Zentrum der politischen Resignation gilt, keine Erfolge mehr erzielen kann. Auf der andern Seit hat den Konservativen die Vertretung einer machtvollen Politik nichts geholfen, weil die Arbeiter sich nicht entschließen können, die Politik eines Herrn Heydebrand mitzumachen, der schon vor dem Kriege die Neigung zu Reformen vermissen ließ und der sich jetzt während des Krieges nicht zu einem freudigen Bekenntnis zu politischer Erneuerung in Preußen und im Reiche aufzuschwingen vermag.

Aus dem Reich.

Die Absage der Nationalliberalen an die Alldeutschen.

* In einer Auseinandersetzung über die Absage der nationalliberalen Reichstagsfraktion an den Alldeutschen Verband schreibt Dr. Stresemann in seiner Wochenschrift „Deutsche Stimmen": „Die Hintermänner der „Deutschen Zeitung" wollen den Boden für die konservative Agitation bei den nächsten Wahlen vorbereiten und gleichzeitig die nationalliberale Wählerschaft gegen ihre Führer aufhetzen. Es ist nur folgerichtig, daß Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion, die bisher noch dem Alldeutschen Verband angehörten, angesichts einer solchen Kampfesweise ihren Austritt beschlossen haben, so wie es Bassermann bereits in den letzten Jahren seines Lebens getan hat, wie es vor kurzem auch der Staatsminister Dr. Friedberg tat."

Der breiteren Oeffentlichkeit war es bis jetzt noch nicht bekannt, daß sowohl Bassermann wie Friedberg ebenfalls aus dem Alldeutschen Verband ausgetreten sind.

Der Zweckverband Groß-Berlin.

WTB. Berlin, 18. März Bei der heutigen Wahl des Verbandsdirektors für den Verband Groß-Berlin wurde Stadtrat Fischbeck-Berlin mit 54 gegen 45, die auf den bisherigen Verbandsdirektor Dr. Steiniger entfielen, zum Verbandsdirektor gewählt. Außerdem wurden zwei weiße Zettel abgegeben.

Badischer Landtag.

5. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

A. Karlsruhe, 18. März.

Um 10¼ Uhr eröffnete

Präsident Prinz Max

die Sitzung und gedachte der Veränderungen, die sich im badischen Staatsministerium vollzogen haben. Er führte u. a. aus: Infolge eines körperlichen Leidens ist der bisherige Staatsminister Freiherr v. Dusch aus dem Amte geschieden. Wir hoffen, daß die Ruhe heilende Wirkung auf sein Leiden ausübt und dazu beiträgt, ihn noch viele Jahre hindurch den Seinigen und allen denen zu erhalten, die in Freundschaft mit ihm verbunden sind. Den Name des Freiherrn v. Dusch wird in der Reihe der badischen Minister einen Ehrenplatz einnehmen. Wir gedenken auch gerne seiner menschlichen schönen Eigenschaften, seines Wohlwollens, seiner Feinsinnigkeit, seiner großen Natürlichkeit, seiner Freundlichkeit, seiner umfassenden Bildung und Heiterkeit, durch die er anregend wirkte. Wir werden ihm Dankbarkeit und Treue allezeit bewahren. An Stelle des Freiherrn v. Dusch ist Freiherr v. Bodman zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt. Wir freuen uns dieser Wahl, zumal durch sie ein Wechsel im Ministerium des Innern nicht notwendig geworden ist. Als Minister des Innern hat Freiherr v. Bodmann das Vertrauen des badischen Volkes und Landes erworben. Herzlicher Wünsche und treuer Mitarbeit darf er sich hier versichert sein. Mit Freude und Genugtuung begrüßen wir auch die Ernennung von Dr. Düringer zum Justizminister. Bis vor kurzem gehörte er diesem Hause an und hat sich hier unserer besonderen Achtung und persönlichen Wertschätzung erfreut.

Staatsminister Freiherr v. Bodman

dankte für die warmen Abschiedsworte, die seinem Amtsvorgänger gewidmet wurden und dankte dafür, daß ihm (dem Redner) das Vertrauen von neuem ausgesprochen wurde.

Justizminister Dr. Düringer

dankte ebenfalls für die Begrüßung und bemerkte, daß sich die Verhandlungen der Ersten Kammer durch Sachlichkeit und Kürze auszeichnen und versprach auch als Justizminister zur Beibehaltung dieser Vorzüge beitragen zu wollen.

Das Haus trat nun in die Tagesordnung ein.

Der Präsident und der Schriftführer Freiherr v. Stotzingen gaben die Eingänge bekannt.

Geh. Rat Dr. Glockner schlug vor, daß Prälat D. Schmitthenner der Kommission für Justiz und Verwaltung zugewählt werde. Das Haus beschloß diesem Antrag gemäß.

Oberbürgermeister Habermehl berichtete für den Ausschuß für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf, die Gemeinde-Einkommensbesteuerung, die bereits von der Zweiten Kammer angenommen wurde. Die Erste Kammer nahm den Gesetzentwurf ebenfalls an.

Freiherr v. Stotzingen berichtete für den Haushaltsausschuß über die Rechnung der Ersten Kammer. Er beantragte die Genehmigung der Rechnung und den Ausdruck der Anerkennung an Archivdirektor Gießler. Das Haus nahm diesen Antrag an.

Geh. Hofrat Dr. v. Oechelhäuser berichtete für den Haushaltsausschuß über den Staatsvoranschlag für die Jahre 1918 und 1919 über Hauptabteilung III Großh. Ministerium des Kultus und Unterrichts, Tit. IV (Wissenschaften und Künste). Der Berichterstatter beantragte die Annahme der angeforderten Summen und ging auf die Verhandlungen im Ausschusse ein. Darnach hat der Berichterstatter in den Ausschuß eine Erhöhung des Zuschusses an den Verein „Badische Heimat" (1000 M) angeregt. Auch eine Lotterie wäre für den Verein in Betracht zu ziehen. Im Zusammenhange mit dem Heimatschutze wurde im Ausschusse auch die Beschlagnahme der Glocken besprochen, die besonders in das Gemütsleben des Volkes eingriff. Aber das deutsche Volk hat dies auch hingenommen. Jetzt steht die Frage der Ablieferung der Bronzestandbilder zur Debatte. Es wurde eine Erhebung über die vorhandenen Denkmäler gemacht und zwei Listen der Denkmäler aufgestellt, die einen, die einen künstlerischen Wert haben, und die anderen, die beschlagnahmt werden können. Nach diesen Listen könnten nur 25 Prozent freigegeben werden. Das Kriegsministerium wird zunächst eine freiwillige Ablieferung der Denkmäler zu erreichen versuchen. Falls diese nicht erfolgt, soll die zwangsweise Ablieferung durchgeführt werden. Bei der Ablieferung wird nicht viel herauskommen, da die Bronzeschicht auf den Denkmälern nur dünn ist. Der Kunstwert kann nicht allein für die Erhaltung in Betracht gezogen werden, sondern auch die Geschichte und die Pietät. Wir haben das Vertrauen, daß das Ministerium hier das richtige trifft. Hoffentlich überhebt uns die reiche Beute in Rußland aller weiteren Beschlagnahmen.

Der Redner kam dann auf

die Akademie der bildenden Künste

zu sprechen und in Verbindung damit auf die Zeitungspolemik, die sich in den letzten Wochen in dieser Frage erhoben hat. Der Berichterstatter führte aus:

Ich habe mich bereits früher, vor dem Kriege, über die Zustände an der Akademie ausgesprochen. Ich habe damals auch Wünsche erhoben. Das war vor Ausbruch des Krieges. Jetzt scheint der Spruch „Inter arma silent Musae" nicht mehr zu gelten, denn während des Krieges besteht eine starke Nachfrage nach Kunstwerken und recht hohe Preise dafür werden bei den Auktionen bezahlt. Die Künstler haben im Kriege eine lohnende Beschäftigung, mit Ausnahme der Baukünstler. Darin liegt eine freudige Ueberraschung durch den Krieg, aber auf eine andere Seite hat der Krieg eine betrübende Ueberraschung gebracht. Mit wenigen Ausnahmen gibt es in den bildenden Künsten keinen nationalen Aufschwung. Das neueste ist der Expressionismus, der unter deutscher Flagge segelt, der aber auch nur eine internationale Richtung ist. Das Urteil über diese Kunst ist hart. Ein großer Teil davon, daß sich derartige „Kunst" breit machen kann, wird verschuldet von Kunstkritikern die im Solde von Kunstsalons stehen. Einem künstlerischen Stillstand will ich das Wort nicht reden. Aber jung und modern sind hier gefährlich eSchlagwörter. Der Artikel in der „Frankfurter Zeitung" enthält manches Richtige, aber auch Unrichtiges, besonders über die Kunstleistungen unserer Stadt und der Oberbürgermeister ist ihm deshalb mit Recht entgegengetreten. Das Professorenkollegium hat verzichtet, Stellung zu dem Artikel zu nehmen. Uns interessiert es insofern, als er sich mit der Besetzung der beiden freien Stellen in der Akademie beschäftigt. In dem Artikel wurde eine jüngere Kraft verlangt und gesagt: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft." Dieses Schlagwort ist hier ganz falsch. Zu einer Neuorientierung an der Akademie liegt keine Veranlassung vor; in erster Linie brauchen wir tüchtige Lehrer, so hatten wir Schmitt-Reute der ganz bedeutende Erfolge gerade als Lehrer hatte. Thoma hat in der Ersten Kammer im Jahre 1914 hier das richtige Wort ausgesprochen: Künstler die etwas wollen und etwas können haben wir noch heute an der Akademie, junge und alte; ob sie Berühmtheiten sind oder nicht, kommt dabei gar nicht in Betracht. Dem Unterrichtsminister möchte ich

---

haften Anwachsen des Entfernungsgefühls. Kleine Kinder z. B. werden nie schwindlig, weil ihnen das Gefühl für Entfernung vollkommen mangelt. Daher greifen sie nach dem Mond genau so wie nach einem ihnen vorgehaltenen Ball. Das Schwindelgefühl ist eine psychische Erscheinung, die sich physisch äußert. Der davon Betroffene wird also erst dann gefährdet, wenn er auch physisch in Anspruch genommen wird. Die Angst vor Schwindel bei der Luftfahrt ist stets krankhaft, falsch und eingebildet. „Beim Flugzeugführer ist es die Anspannung seiner Nerven und Zusammenziehung seiner Gedanken, die irgendwelche Angst vor Schwindel gar nicht aufkommen läßt. Ist solche beim Mitfahrer anfänglich vorhanden, so muß sie mit dem Augenblick weichen, in dem der Fliegende selbst am eigenen Körper merkt, daß er tatsächlich kein Schwindelgefühl hat. Ganz anders verhält es sich natürlich mit der sog. „Fliegerkrankheit", die mit der Verminderung des Luftdruckes in größeren Höhen zusammenhängt. Sie beruht auf der fortgesetzten körperlichen und geistigen Anstrengung, und ihre Folgen zeigen sich am deutlichsten bei sehr raschem Höhenwechsel. Die Merkmale sind Ohrensausen, Erschwerung der Atmungstätigkeit, Beschleunigung des Pulsschlages. Schwindel tritt dabei aber niemals ein. Dem Fliegerberuf ist nur ein organisch völlig gesunder Mensch gewachsen, Schwindelgefühl aber oder die Angst vor diesem bildet nicht das geringste Hindernis.

Versuche amerikanischer Kaligewinnung. Da die Amerikaner infolge des Kriegszustandes die Wirkungen des deutschen Kalimonopols mit besonderer Schärfe zu fühlen bekommen haben, sucht man in den Vereinigten Staaten auf jede nur mögliche Weise eine eigene Kaligewinnung in Szene zu setzen. Mehrfach wurde über die Entdeckung von Kalilagern berichtet, bisher haben sich jedoch diese Funde stets als erfunden erwiesen. Nordamerika besitzt in den sogen. großen Becken im Westen der Vereinigten Staaten verschiedenartige Salzablagerungen, Salzseen und Solquellen, die aber aus geologischen und chemischen Gründen nicht für eine nennenswerte Kaligewinnung herangezogen werden können. Trotz der gewaltigen Kosten begann man aber, wie die Zeitschrift „Glückauf" berichtet, am Searles-Owens- und Großen Salzsee Kalisalze zu gewinnen. Nach Eintritt normaler Verhältnisse wird das Unternehmen aber, da es wegen des teueren Betriebes die Preise nicht herabzusetzen vermag, wahrscheinlich sofort wieder unrentabel sein. Als Nebenerzeugnis sucht man Kali aus dem Flugstaub einiger Zementfabriken zu gewinnen, außerdem plant man die Gewinnung aus der „Aufbereitungstrübe" von Erzbergwerken, doch fehlt es bisher an einem wirtschaftlichen Verfahren hierfür. Besondere Mühe gab man sich, um Kali aus dem an den Küsten des Stillen Ozeans in großen Mengen auftretenden Seetang zu gewinnen, größere Mengen konnte man aber auch auf diese Weise nicht gelangen. Das Ernten der Tangmassen stellte sich als eine ebenso schwierige wie kostspielige Arbeit heraus, sehr teuer ist auch die weitere Behandlung der aus 90 Prozent Wasser bestehenden Tangmassen, weil zur Gewinnung von einer Tonne Kali ungefähr 30 Tonnen Tang verarbeitet werden müssen. Endlich versuchte man auch, organische Abfälle der Land- und Forstwirtschaft auf Kali zu verarbeiten, trotz all dieser und zahlreicher anderer Anstrengungen aber wird die gesamte Kaligewinnung der Vereinigten Staaten für das Jahr 1917 auf ungefähr 150 Tonnen täglich geschätzt. Eine Menge also, die neben den deutschen Kaliwerken überhaupt nicht in Betracht kommt, außerdem hinsichtlich des Preises mit dem deutschen Kali garnicht zu vergleichen ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

eine baldige Besetzung der Stellen empfehlen. Ich betone bald, denn ich bin nicht der Ansicht, daß die Berufung hinausgeschoben werden kann. Je eher sie erfolgt, je besser. Denn solche Artikel so gut sie gemeint sind, schaden dem Ansehen unserer Anstalten. Zu bedauern ist, daß dabei das Andenken Trübners in den Streit des Tages hineingezogen wurde. Die Kunstgewerbeschule könnte an die Kunstakademie angegliedert werden, die Einheitlichkeit in der Organisation im Kunsterziehungswesen sollte durchgeführt und dem Unterrichtsministerium unterstellt werden. Diese Fragen sollte man noch während des Krieges durchführen. Vielleicht könnte man auch an die Schaffung eines Kunstrates denken, wie man in Darmstadt einen eingerichtet hat. Abg. Kölblin hat in der Zweiten Kammer den Antrag angekündigt, einen Geländestreifen zu fordern zur Vergrößerung der ständigen Kunsthalle in Baden-Baden. Die Bedürfnisfrage ist aber zu verneinen; auch ästhetische Bedenken bestehen, trotz des vom Abg. Kölblin vorgebrachten Gutachtens. Der Berichterstatter schloß: Möge es dem Minister gelingen, möglichst bald zwei tüchtige Lehrer zu finden, einerlei ob es Berühmtheiten sind oder nicht.

Professor Dr. Thoma: In der Karlsruher Akademie der bildenden Künste liegt ein konservativer Charakter, der bereits zurückgeht auf ihren ersten Direktor, auf Schirmer. Bei der Besetzung der Lehrerposten müssen wir Vertrauen haben. Wäre ich Politiker, dann würde ich eine Vertrauenspartei gründen. Bei den Pressestreitigkeiten ist auch die Galerie gestreift worden, ich will aber darauf nicht eingehen. Das Zusammenlegen von Kunstgewerbeschule und Akademie wäre mir sehr sympathisch, da beide auf der gleichen Grundlage beruhen. Statt Stipendien an Künstler zu geben, könnte man ihre Bilder ankaufen und an die Rathäuser schenken. Die Kunst sollte in das Volk getragen werden, man sollte kleine Kapellen an den Straßen auf dem Lande errichten.

Oberbürgermeister Habermehl wandte sich gegen eine Zusammenlegung der Kunstgewerbeschule mit der Kunstakademie.

Bürgermeister Sänger brachte Wünsche aus dem Gebiete der Glockenablieferung vor.

Kultusminister Dr. Hübsch dankte zunächst dem Berichterstatter für den Bericht und Erz. für seine Anregungen. Dann ging der Minister auf verschiedene Anregungen aus dem Hause ein, so auf die Frage der Ablieferung der Kirchenglocken und der Denkmäler. Der Ersatz für Schönleber und Trübner ist für die Regierung eine schwere Sorge. Wünschenswert wäre gewesen, wenn die Angriffe in der Frage der Besetzung der Lehrstühle von der Akademie mit größerer Objektivität erfolgt wären. Die Besetzung der Lehrstühle soll erst erfolgen, wenn die Frage der Angliederung der Kunstgewerbeschule an die Akademie geprüft ist.

Die Etattitel wurden genehmigt.

Freiherr v. Böcklin berichtete über die Hauptabteilung VII. und VIIa: Verkehrsanstalten und Anteil Badens an den Reineinnahmen der Main-Neckarbahn und über verschiedene damit in Verbindung stehende Denkschriften und Petitionen und beantragte die Annahme der Budgettitel.

In der Aussprache rechtfertigte Geh. Kommerzienrat Dr. Köller die Finanzpolitik der Badischen Lokaleisenbahnen-Aktiengesellschaft. — Geh. Kommerzienrat Engelhard verlangte bessere Bahnverbindungen für die Stadt Mannheim. — Bürgermeister Dr. Weiß wünschte ein Vertreter des Wirtschaftsgebietes Wertheim—Mosbach im Eisenbahnrate.

Nach kurzen Bemerkungen des Oberbürgermeisters Habermehl ergriff Minister Dr. Rheinboldt das Wort. Er bezeichnete die Finanzlage der Eisenbahnen als günstig; die Eisenbahnen haben zurzeit einen Wert von 1 Milliarde; über 40 Proz. der Baukosten sind bereits getilgt. Durch die Vernachlässigung und starke Inanspruchnahme des Materials während des Krieges werden später große Ausgaben für Reparaturen notwendig sein. Die Eisenbahnschuld nach dem Kriege dürfte aber erheblich niedriger sein, als zu Anfang des Krieges. Der Ertrag durch die Tariferhöhungen und die Aufhebung von Vergünstigungen wird etwa 20 Millionen ℳ betragen. Das laufende Jahr hat mit guten Einnahmen begonnen; in den beiden ersten Monaten haben die Einnahmen rund 3½ Millionen ℳ mehr erbracht, gegenüber der gleichen Zeit im vorigen Jahre. Der Reichseisenbahngedanke muß zurzeit als aussichtslos betracht werden, weil er auf den Widerstand Preußens, Bayerns und Sachsens stößt. Eine Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens ist notwendig und auch auf anderem Wege möglich. Die Privatbahnen sollen nach Möglichkeit frei wirtschaften können. Sämtliche Interessen des Wirtschaftsgebietes Mosbach—Wertheim sind im Eisenbahnrate vertreten. Mannheim konnte im Personenverkehr nicht besser behandelt werden, weil wir keinen großen Einfluß auf den Personentarif haben. Die Regierung ist jedoch bestrebt, die Interessen der Stadt Mannheim nach Möglichkeit zu wahren.

Staatsrat Schulz beantwortete verschiedene Einzelfragen. Bürgermeister Dr. Weiß erklärte sich durch die Antwort des Ministers nicht befriedigt.

Die Titel wurden hierauf angenommen.

Um 1¾ Uhr wurde die Sitzung abgebrochen und auf heute nachmittag 4 Uhr vertagt.

Aus dem Großherzogtum.

△ **Bretten**, 17. März. Der Bürgerausschuß hat den städt. Voranschlag für 1918 angenommen. Er schließt mit einer Einnahme von 454 440 ℳ und einer Ausgabe von 576 419 ℳ, so daß 121 979 ℳ ungedeckter Aufwand verbleibt, wodurch die Erhebung einer Umlage von 32 Pfg. nötig ist. Für die Mittelstandshilfe wurden 35 000 ℳ bereitgestellt.

§ **Baden-Baden**, 17. März. Hier ist der Geh. Regierungsrat beim Bezirkspräsidium in Metz, Robert Freiherr v. Fichard, gen. Baur v. Eyseneck, beigesetzt worden. Der Verstorbene hat im Jahre 1883 hier das Tennisspiel eingeführt. Er war der Schöpfer der Spielregeln und hat sich auch für seinen Sportzweig literarisch betätigt. Freiherr v. Fichard war vom Jahre 1902—1912 Vizepräsident des Deutschen Lawn-Tennis-Bundes, Mitglied des Zentralausschusses zur Förderung der Volksjugendspiele.

× **Triberg**, 17. März. In der letzten Zeit hat es in zahlreichen Gegenden des Schwarzwaldes geschneit, allerdings hat die Sonne bald wieder mit dem Schnee aufgeräumt.

+ **St. Blasien**, 17. März. Einer Schleichhändlerin ist man hier, wie die Blätter melden, auf die Spur gekommen. Die Frau klopfte alle Höfe nach Butter und Eiern ab. Sie zahlte für das Pfund Butter im Ankauf 4 ℳ und verkaufte es für 10 ℳ weiter, für Eier gab sie 30 bis 40 Pfg. für das Stück und verkaufte sie an Fremde für 90 Pfg., machte also ein recht gutes Geschäft. Damit aber nicht zufrieden, stahl sie ihrem Hausherrn zwei Schinken im Gewicht von 42 Pfund. Bei einer Haussuchung nach Eiern und Butter durch die Gendarmerie kamen die gestohlenen Schinken zum Vorschein.

+ **St. Blasien**, 17. März. Hier sollen die Vorarbeiten zur Errichtung einer Realschule im Gange sein.

⊡ **Weilheim** bei Waldshut, 17. März. Bürgermeister Alois Marder hat wegen Krankheit sein Amt abgegeben.

× **Radolfzell**, 17. März. Die seit einiger Zeit behördlich geschlossene Mühle Schatz in Markelfingen ist im Interesse der Versorgung der Landgemeinden des Bezirkes durch den Kommunalverband beschlagnahmt und durch einen vom stellv. Generalkommando zur Verfügung gestellten Müller in Betrieb genommen werden.

⁜ **Ueberlingen**, 17. März. Aus dem Bezirk Ueberlingen wird berichtet, daß die Apfelblüte dort überall prächtig ansetzt.

Die Aufkäufe der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft in Baden.

Die in Berlin erscheinenden amtlichen Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle veröffentlichen die folgende Erklärung:

„Im Großherzogtum Baden hat sich seit einiger Zeit eine erhebliche Beunruhigung bemerkbar gemacht, weil angeblich die Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle in Karlsruhe, Konstanz und Freiburg große Posten Herren-Konfektion bei den dortigen Kleiderhändlern aufgekauft haben soll. Zur Aufklärung sei folgendes mitgeteilt: Für die Beschaffung der notwendigen Männerkleidung für die Arbeiter der Eisenbahn, Landwirtschaft und Rüstungsindustrie hat sich der Reichskommissar für bürgerliche Kleidung mit den Fachverbänden der Herrenkonfektion in Verbindung gesetzt, um durch diese die notwendigen Kleidungsstücke freihändig zu erwerben. Hierbei zeigt es sich, daß die Abzahlungsgeschäfte im ganzen Deutschen Reich noch über besonders große Läger aus der Friedenszeit verfügen, weil dieser Geschäftszweig seit Kriegsbeginn naturgemäß vollständig brach liegt. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Waren-Kredit-Häuser, zu dem fast sämtliche Abzahlungsgeschäfte in Deutschland gehören, erbot sich, der Reichsbekleidungsstelle die gesamten Vorräte der Abzahlungsgeschäfte zugänglich zu machen. Es wurde daher verabredet, daß er seine Berufsgenossen besuchen und von diesen Angebote einfordern soll, die der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft zur Annahme oder Ablehnung zu unterbreiten seien. Der Weg hat sich als gangbar erwiesen. Es sind viele tausend Anzüge, die seit Kriegsbeginn auf den Lägern unbenutzt liegen, der Volkswirtschaft zugeführt worden. Der Vorsitzende des genannten Verbandes hat ohne Wissen und Willen der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft in Karlsruhe, Konstanz und Freiburg derartige Angebote auch von solchen Kleiderhändlern eingefordert, die nicht Abzahlungsgeschäfte betreiben. Die Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft ist diesen Angeboten nicht näher getreten und hat bisher nicht ein einziges Stück erworben. Sie hat sich vielmehr entschlossen, die Angebote den Fachverbänden zu übergeben, zu denen die Händler gehören, damit die Verbände mit ihnen über Abgabe ihres Lagers oder eines Teiles desselben verhandeln. Dabei ist es den Verbänden zur Bedingung gemacht, daß den Geschäften in den in Frage kommenden Städten so viel Herrengarderobe verbleibt, als für die Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung notwendig ist."

Wir geben diese Mitteilung einstweilen rein referierend wieder. Die zu erwartende Beantwortung der im Landtag eingebrachten nationalliberalen Interpellation wird zeigen, was an obiger Mitteilung richtig ist, vor allem auch, ob sie geeignet ist, die wohlberechtigte Beunruhigung zu zerstreuen.

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe**, 18. März 1918.

Die Depot-Abteilung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz teilt mit, daß ihr aus verschiedenen Bezirken der Stadt die Nachricht zuging, es erschienen in den einzelnen Haushaltungen Personen, welche angeblich im Auftrage des Roten Kreuzes Altmaterialien, Abfallstoffe u. dergl. zu sammeln hätten. Diese Angaben beruhen auf Unwahrheit. Die Haussammlung ist beendigt. Zukünftige Sammlungen werden durch die Schuljugend durchgeführt. Jeder sammelnde Schüler muß im Besitze eines Gutscheinheftes sein, welches als Ausweis dient und mit seinem Namen versehen ist.

= **Die Kleiderversorgung der Heeresangehörigen.** Wie die „Karlsruher Zeitung" halbamtlich ausführt, ist die Bezugsscheinerteilung für Heeresangehörige neu geregelt worden. Die Versorgung aller Heeresangehörigen erfolgt jetzt grundsätzlich durch die Heeresverwaltung. Nur in gewissen, von dem Disziplinarvorgesetzten in einem „Anerkenntnis" zu bescheinigenden Fällen können sie noch Bezugsscheine auf bürgerliche Kleidung erhalten: wenn das Tragen bürgerlicher Kleidungsstücke notwendig ist zur Ausführung gewisser Dienstverrichtungen, wegen bevorstehenden Ausscheidens aus dem Militärdienst, wegen längerer Beurlaubung zur Ausübung eines bürgerlichen Berufs, wobei das Tragen bürgerlicher Kleidung notwendig ist, oder wenn (bei Mannschaften und Beamten) eine militärische Einkleidung nicht erfolgt ist. In diesen Fällen ist die für die derzeitige Wohnung des Heeresangehörigen (persönlicher Wohnort) zuständige Bezugsschein-Ausfertigungsstelle für die Erteilung des Bezugsscheines zuständig oder, wenn eine solche Wohnung im Deutschen Reiche nicht vorhanden ist, sowie in besonderen auf dem Anerkenntnisse als dringlich bescheinigten Ausnahmefällen jede Bezugsscheinausfertigungsstelle. Für kriegsgefangene Deutsche im feindlichen und neutralen Auslande besorgt künftig lediglich die Heeresverwaltung Bekleidung und Schuhwaren. Antragsteller sind daher an die zuständigen Ersatztruppenteile zu verweisen. Das gleiche gilt für in Deutschland untergebrachte Kriegsgefangene feindlicher Länder (auch Offiziere und Beamte im Offiziersrang). Antragsteller sind an das zuständige Gefangenenlager zu verweisen.

= **Die Schulentlassung der in ihrer Entwickelung zurückgebliebener Kinder.** Das Unterrichtsministerium hat folgenden Erlaß an die Schulbehörden gerichtet: Die Fassung der Uebergangsbestimmung unter Ziffer 1 des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 hat vielfach Anlaß zu der Auffassung gegeben, als ob diejenigen Schüler, die an Ostern 1910 zwar schulpflichtig geworden, aber, weil in der Entwicklung zurückgeblieben, erst auf Ostern 1911 in die Volksschule aufgenommen wurden, auf Ostern 1918 aus der Schule zu entlassen seien. Diese Auslegung steht weder mit dem Wortlaut der Bestimmung, noch auch mit der vom Gesetzgeber mit ihrer Erlassung verfolgten Absicht in Einklang. Das Gesetz vom 7. Juli 1910 stellt in Par. 2 als obersten Grundsatz die Verpflichtung zu einem achtjährigen Schulbesuch auf und hält für die unter der Herrschaft des Gesetzes vom 13. Mai 1892 schulpflichtig gewordenen Schüler die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes in Bezug auf die Schulentlassung nur unter der Voraussetzung aufrecht, daß dem Erfordernis eines achtjährigen Schulbesuches genügt ist.

= **Bezugsscheine für Schuhwaren.** Die Reichsbekleidungsstelle hat die Bezugsscheinausfertigungsstellen angewiesen, von jetzt ab Bezugsscheine nur in dringendsten Notfällen, z. B. vollständiger Verlust sämtlichen Schuhwerkes, nicht aber Konfirmation, Todesfall und dergleichen auszufertigen, da vom 1. April ab durch die von da an zuständige Reichsstelle für Schuhwerkversorgung eine andere Regelung des Bezugsscheinverfahrens für Schuhwaren erfolgt, wodurch Schuhwerk in weitem Umfang, insbesondere sogenanntes Ersatz-Kriegsschuhwerk bezugsscheinfrei werden soll.

= **Verein für deutsche Frauenkleidung und Frauenkultur.** Es wird uns geschrieben: Dienstag, den 19. März, ½5 Uhr, findet in den Vier Jahreszeiten ein Vereinsnachmittag statt, an dem Frau Professor Lang-Kurz aus Stuttgart einen Vortrag halten wird über die Bestrebungen des Vereins, seine Aufgaben während der Kriegszeit und die Ziele der Zukunft. Eine kleine Ausstellung kunstgewerblicher Arbeiten wird Schmuck, Spitzen und Heimarbeiten des Heidelberger Vereins enthalten. Der Eintritt ist frei. Auch Nichtmitglieder sind als Gäste willkommen.

= **Obstweinversorgung Badens.** Da bereits große Mengen Obstwein außerhalb Badens verbracht worden sind, zwingt die Notwendigkeit, die zur Versorgung unserer heimischen Bevölkerung, Industrie und Anstalten erforderlichen Menge an Obstwein im Lande zu behalten, der Ausfuhr badischen Obstweins Beschränkungen aufzuerlegen. Demgemäß ist die Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung angewiesen worden, abgestempelte Frachtbriefe, Expreßgut- und Beförderungsscheine für Obstwein, der nach außerhalb Badens gelegenen Orten verbracht werden soll, im allgemeinen nur dann zu erteilen, wenn es sich um Lieferungen für außerbadische Kommunalverbände handelt. Ausnahmen können nur in ganz dringlichen Fällen gestattet werden.

= **Karfreitag-Aufführung im Städt. Konzerthaus.** Wie uns mitgeteilt wird, veranstaltet Musikdirektor Theodor Munz am Karfreitag im Städt. Konzerthaus eine Aufführung von Mendelssohns Oratorium „Elias". Diese bedeutsame Veranstaltung wird sicherlich von allen Musikfreunden freudig begrüßt werden, da gerade dieses Werk sich so recht zur künstlerischen Feier des Karfreitag eignet. Hervorragende Gesangskräfte sind zur Mitwirkung gewonnen: Hildegard Großkopf-Schumacher, Lisl Pfeifer, Gunnar Graarud und Otto Weßbecher, ferner ein zweites Quartett, bestehend aus Frida Lange, Klara Hurst, Otto Eichrodt und Jos. Melamet. Außerdem wirken mit der Chor des Munzschen Konservatoriums, der durch eingeladene Damen und Herren verstärkt wurde, und ein aus Lehrkräften des genannten Konservatoriums und Mitgliedern der Hofkapelle bestehendes Orchester. Die Orgel spielt Bruno Stürmer. Die Veranstaltung, deren musikalische Leitung Theodor Munz inne hat, dürfte zu einem großen künstlerischen Ereignis werden.

Letzte Drahtberichte.

* **Stuttgart**, 18. März. Die Kanzlei des Königl. Hoftheaters teilt mit: Generalmusikdirektor Dr. v. Schillings, dessen Vertrag mit dem Königl. Hoftheater Ende dieser Spielzeit abläuft, hat sich entschlossen, seine Dirigententätigkeit zunächst einzuschränken, um sich umfangreichen kompositorischen Arbeiten zu widmen. Di eIntendanz hat mit Dr. v. Schillings vereinbart, daß er zunächst für die kommende Spielzeit die Leitung der Konzerte der Hofkapelle beibehält. Für seine Tätigkeit als Theaterkapellmeister einen Ersatz zu gewinnen, sind Verhandlungen eingeleitet.

Englische Besorgnisse.

WTB. London, 18. März. Im Unterhaus wurde eine Petition der Nationalpartei mit 100 000 Unterschriften vorgelegt, die Besorgnis über die Konzentration deutscher Truppen an der Westfront bekundet und das Haus ersucht, zwecks Abwendung der Gefahr, das Militärgesetz unverzüglich auf Irland auszudehnen.

Ein italienischer Skandalprozeß.

WTB. Rom, 18. März. (Agenzia Stefani.) Laut „Messagero" hat Hauptmann de Roberti die Untersuchung im Cavallini-Prozeß beendet und gefordert, daß Cavallini, Buonanni, Brunicardi und Frau Ricci vor das Militärgericht in Rom gestellt werden.

Der russische Friedensvertrag ratifiziert.

(Nach Redaktionsschluß eingegangen.)

WTB. Petersburg, 17. März. **Der Friedensvertrag wurde am 15. März um Mitternacht in öffentlicher Sitzung ratifiziert.**

Die Stadt Nikolajew,

die nach dem heutigen Tagesbericht in der Südukraine von deutschen Truppen besetzt wurde, liegt 100 Kilometer nordöstlich von Odessa. Nikolajew ist russischer Kriegshafen am Schwarzen Meer. Die Stadt, die rund 100 000 Einwohner zählt, hat ausgedehnte staatliche Werften für den Bau von Kriegsschiffen und ca. 60 große industrielle Anlagen.

Der Besuch des k. u. k. Kriegsministers in Berlin.

WTB. Berlin, 17. März. Gestern fand zu Ehren des K. und K. Kriegsministers des Generals der Infanterie Rudolf von Stöger-Steiner beim k. und k. Botschafter Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst eine Frühstückstafel statt, der auch einige Vertreter der obersten deutschen Militärbehörden beiwohnten. Abends gab der königlich preußische Kriegsminister General der Infanterie von Stein zu Ehren des Gastes in den Räumen des Kriegsministeriums ein Diner und heute vormittag veranstaltete der Bevollmächtigte des K. und K. Kriegsministers bei dem preußischen Kriegsministerium Oberst im Generalstabskorps Günste eine Frühstückstafel, zu der auch die Spitzen des königlich preußischen Kriegsministeriums geladen waren. Heute abend kehrte der K. u. K. Kriegsminister mit seinem Gefolge nach Wien zurück.

Die rumänische Ministerkrisis.

WTB. Bukarest, 18. März. Der König von Rumänien hat Maghiloman nach Jassy kommen lassen und hat ihn ersucht, ein neues Ministerium zu bilden. Marghiloman hat sich Bedenkzeit erbeten und ist nach Bukarest zurückgekehrt, um mit den Vertretern der Mittelmächte Fühlung zu nehmen. Es haben eingehende Besprechungen stattgefunden. Heute Abend wird Morghiloman wieder nach Jassy reisen und nach nochmaligem Vortrag beim König seine Entscheidung treffen.

Die feindlichen Heeresberichte.

WTB. Paris, 18. März. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Nördlich des Chemin des Dames starke Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien. Am linken Maasufer führten die Franzosen gestern gegen Norden des Tales beim Walde von Chepty einen starken Handstreich aus, der vollkommen glückte. Sie brachten 80 Gefangene und sieben Maschinengewehre zurück. Im Walde von Malancourt gestatteten ein tiefer Einbruch, dem eine Artilleriebeschießung vorausging, den Franzosen, 40 Gefangene zu machen. — Flugwesen: Im Laufe des 15. März wurde ein deutsches Flugzeug abgeschossen, vier andere wurden von französischen Fliegern beschädigt. Französische Bombenwerfer warfen 7000 Kilogramm Geschosse auf feindliche militärische Anlagen hinter der Front ab.

• • •

WTB. London, 18. März. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Während der Nacht führten wir erfolgreiche Angriffe in der Gegend von Epehy und an der Höhe von Gavrelles aus. Ein vom Feinde versuchter Angriff nördlich von Lens wurde abgewiesen. Im Laufe dieses Gefechtes machten wir einige Gefangene. Im Laufe der Nacht zeigte sich die feindliche Artillerie tätig südlich von Bapaume, südlich der Straße von Cambrai, im Tale der Scarpe und östlich des Polligon-Waldes. Ebenso zeigte sie einige Tätigkeit gegen rückwärtige Verteidigungsstellungen südlich von Lens und zwischen dem La Bassée-Kanal und der Lys. Während der letzten Tage wurde eine Zunahme der feindlichen Artillerietätigkeit südöstlich von Cambrai wahrgenommen, ebenso entlang der ganzen Front von der Gegend des La Bassée-Kanals bis zur Straße nach Menin.

Maggi's Suppen- u. Speisen-Würze

wird nach wie vor zu Friedenspreisen verkauft. Andere Suppenwürzen dürfen nicht als Maggi's Würze feilgehalten oder beim Verlangen von Maggi's Würze als solche abgegeben werden. 1335

Jungliberaler Verein Karlsruhe

Dienstag, den 19. März 1918, abends ½9 Uhr, im „Prokodil" Stammtisch

Amtliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen rc.

der etatmäßigen Beamten der Gehaltstarifabteilungen H bis K sowie von nichtetatmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.

Beamteneigenschaft verliehen: den Bürogehilfen Eugen Heitz beim Amtsgericht Ettlingen und Gustav Friebolin beim Notariat Bad. Rheinfelden.

Gestorben: Kanzleigehilfe Emil Heitz beim Notariat Konstanz am 7. März 1918.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern.

— Großh. Verwaltungshof. —

Beamtengeischaft verliehen: der Wärterin Augustina Fritzenschaft bei der Heil- und Pflegeanstalt Konstanz.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen.

— Zoll- und Steuerdirektion. —

Versetzt: der Obergrenzaufseher Leopold Berberich in Neuhaus nach Randegg und der Zollassistent Julius Trefzger in Waghäusel zum Hauptzollamt Basel.

In den Ruhestand versetzt: der Oberzollaufseher Georg Stichs in Schwetzingen auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Enthoben: der Steuererheber Karl Friedrich Leonhard in Eukenstein auf Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste.

Gerichtsverhandlungen.

-r- **Mannheim**, 17. März. Unter der Anklage des Raubs und der Erpressung stand ein 16jähriger Lehrling vor der hiesigen Strafkammer. Schlechter Umgang und Schundlektüre hatten ihn auf die schiefe Ebene gebracht. Er hatte eine Verkäuferin überfallen und sie ihrer Tasche zu berauben gesucht und dann an das Mädchen einen Drohbrief geschrieben, des Inhalts, an einem bestimmten Platz 200 M niederzulegen. Der Bursche wurde zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Heidelberg, 17. März. Vor der hiesigen Strafkammer stand der 55jährige Wilhelm Fischer wegen Vergehens gegen das Höchstpreisgesetz. Fischer hatte im Bezirke Neckarbischofsheim für Dritte Nahrungsmittel, wie Schinken, Dauerwurst, Eier u. a. m. gehamstert und dabei die Höchstpreise überschritten. In Osterburken war er festgenommen worden, als er einen Zentner Honig zu 500 M erworben hatte. Da die Verfehlungen noch in die Zeit vor Festsetzung der strengen Strafbestimmungen gegen die gewerbsmäßigen Schleichhändler fiel, wurde Fischer lediglich wegen Vergehens gegen die Höchstpreisverordnungen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus den Standesbüchern der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen.

16. März: Hans Jäger von Maisprach, Kaufmann hier, mit Maria Meerbott von Klein-Steinheim; Otto Ernst von Barnhelt, Bahnarbeiter hier, mit Luise Fetzer von Ueberlingen; Emil Jörger von Hecklingen, Bäcker und Konditor hier, mit Hermine Zaucker von Hagenbach; Paul Betzler von Laupheim, Monteur in Stuttgart-Cannstatt, mit Johanna Dürr von hier; Wilhelm Bechert von Zell a. H., Buchbinder in Zell a. H., mit Julchen Kastner von hier; Wilhelm Krebach von Liedolsheim, Kutscher in Liedolsheim, mit Elisabetha Leitner von Blaubeuren.

Spielplan des Großh. Hof- und National-Theaters Mannheim.

Im Hoftheater: Dienstag, 16. März, 7 Uhr: Das Dreimäderlhaus; Mittwoch, 20. März, 7 Uhr: Der Snob; Donnerstag, 21. März, 7 Uhr: Der Waffenschmied; Freitag, 22. März, 7 Uhr: Robert und Bertram; Samstag, 23. März, 7 Uhr: Der Snob; Sonntag, 24. März, 6 Uhr: „Die Zauberflöte. — Im Neuen Theater: Sonntag, 24. März, 7 Uhr: Das Glück im Winkel. — In Baden-Baden: Donnerstag, 21. März: Die Stärkere — Gläubiger. — In Neustadt: Donnerstag, 21. März: Der Biberpelz.

Statt Sonder-Anzeige!

Den Eingang sämtlicher **Frühjahrs-Neuheiten** beehren sich ergebenst anzuzeigen.

Geschwister Schneider
Inh.: Emmy Schneider
Kaiserstraße 186.
Telefon 3391.
1338

Fett-Verteilung.

In den Fettverkaufsstellen wird an folgenden Tagen Fett (Butter, Kunstspeisefett und Margarine) an die eingetragenen Kunden abgegeben. Kopfmenge 125 Gramm, gegen die Fettmarken 82 C.

1. **Fettverkaufsstellen Nr. 1 bis einschl. 50**
Dienstag den 19. bis einschl. Donnestag, den 23. März 1918.
2. **Fettverkaufsstellen Nr. 51 bis einschl. 100**
Donnerstag, den 21. bis einschl. Samstag, 23. März 1918
3. **Fettverkaufsstellen Nr. 101 bis einschl. 200**
Samstag, den 23. bis einschl. Dienstag, den 26. März 1918.
4. **Fettverkaufsstellen Nr. 201 bis einschl. 291**
Mittwoch, den 27. bis einschl. Samstag, den 30. März 1918.

Krankenzusatz- und F-Marken werden in den bekannten Stellen eingelöst.

Die Waren müssen innerhalb der Verteilungszeit abgeholt werden; nach Ablauf derselben sind die Marken verfallen und können nicht mehr eingelöst werden.

Frist für die Abrechnung: **je 4 Tage** nach Ablauf der Verkaufstage.

Karlsruhe, den 13. März 1918. D 59

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt
für hier und auswärts:

Bauschlosser, Blechner und Installateure, Eisendreher, Elektromonteure, Maschinen-Schlosser, Wagner, Schreiner, Zimmerleute, Maler, Sattler, Küfer, Heizer und Maschinisten, Maurer, Bautaglöhner, Fabrikarbeiter, Steinhauer, Konditoren, Schneider, Schuhmacher, Friseure, Abfüller für Limonaden, Fuhrleute und Taglöhner, Hausburschen für Geschäftshäuser und für das Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe.

— Städtisches Arbeitsamt —

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstraße 100. A 16

Ausbildung sozialer Hilfskräfte.

Der Badische Frauenverein bietet jungen Frauen und Mädchen Gelegenheit zur Ausbildung für sozialen Hilfsdienst. Der erste dreimonatliche Kurs beginnt Anfang April. Lehrgegenstände: Deutsch, Organisation, der Behörden, Armenpflege, Jugendfürsorge, Kriegsfürsorge, soziale Versicherung, Gesundheitswesen, Ernährung und Hauswirtschaft, zusammen etwa 12 Wochenstunden. Voraussetzung der Teilnahme sind: Mindestalter von 20 Jahren, gute Schulbildung, körperliche Gesundheit und geistige Regsamkeit. Aufnahmegesuche mit Zeugnissen und Lebenslauf sind längstens bis 30. März, Gartenstraße 49/51, einzureichen. Satzung und Auskunft ebendaselbst.

Der Vorstand. 1334

Großh. Bad. Baugewerkeschule Karlsruhe.

Das **Sommer-Halbjahr 1918 beginnt Dienstag, den 16. April** mit Aufnahmeprüfung und Einweisung. Eröffnet werden die **unteren** Klassen **aller Abteilungen.** Erwünscht sind auch Anmeldungen für **höhere** Klassen. Anmeldungen an die Direktion, Moltkestr. 9, bis **spätestens Dienstag, den 2. April.** Weiteres besagt das kostenlos zu beziehende Programm. 1287

Tüchtiger Mechaniker
sofort gesucht.
Arthur Wiedmann, Pforzheim
Hohenzollernstrasse 27. 1329

In. Briefsiegellack
erstkl. Fabrikat, ähnl. Produkte weit übertreffend, Qual. 10 schwrz. 5 Stang. pr. Pfd. Mk. 2.95, dieselbe Qual. 8 Stang. pr. Pfd 20 Pfg. mehr. Paketsiegellack 6 Stangen pr. Pfd. Mk. 2.65. Briefsiegellack, rot, 8 Stangen pr Pfd. Mk. 9.40. Paket- und Flaschensiegellack 4 Platten pr. Kg. Mk. 2.2. per Pfd. **Probe**pakete 4 Kg. netto Inh. geg. Nachn. 20 Pfg. per Pfd5 teurer. Garantiere für gute Verwendbarkeit. 12026.
Paul Ehrhardt, Chemnitz, Henriettenstrasse 50.

Schwindler sind Personen, die angeblich im Auftrage des Roten Kreuzes **Abfallstoffe und Altmaterialien sammeln.** Man verlange Ausweise. Zur Zeit findet durch uns keine derartige Haussammlung statt. 1341

Depotabteilung des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz.

Gas- u. Strom-Bezug.

Wir erlauben uns, darauf aufmerksam zu machen, daß es bei der außergewöhnlich großen Zahl von Aufträgen, die jeweils auf 1. April 1918 (Umzugstermin) bei uns einlaufen, im Interesse einer rechtzeitigen Erledigung derselben dringend geboten erscheint, daß **Anträge auf Aenderungen der Gasleitungen, Aufstellung, Entfernung oder Uebernahme von Gasmessern, Gasautomaten und Elektrizitätszählern möglichst frühzeitig,** spätestens aber 3 Tage vor dem Wohnungswechsel, **bei uns eingereicht** werden. Anträge auf Aenderung von **elektrischen Installationen** (einschließlich Beleuchtungskörpern) wollen möglichst frühzeitig an die für solche Arbeiten zugelassenen Installationsfirmen gerichtet werden.

Auch sollten die Mieter von Wohnungen sich so bald als möglich davon überzeugen, ob in den zu beziehenden Räumen die Gaseinrichtungen, bezw. elektrischen Einrichtungen, so getroffen sind, daß der erforderliche Gasmesser, Münzgasmesser oder Elektrizitätszähler jederzeit aufgestellt werden kann.

Es kommt sehr häufig vor, daß bei Aufstellung der Gasmesser der Anschluß im Keller fehlt oder nur teilweise fertiggestellt ist, und daß beim Anschluß des Münzgasmessers die erforderlichen Träger nebst Brett nicht vorhanden sind. Da diese Arbeiten unabhängig von der Aufstellung der Gasmesser, bezw. Münzgasmesser, jetzt schon ausgeführt werden können, empfiehlt es sich, diesbezügliche Anträge umgehend bei uns einzureichen, damit beim Einzug eine Verzögerung in der Aufstellung der Gasmesser, bezw. Münzgasmesser, nicht eintritt. J 6

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Verein für evangelische Kirchenmusik
(Chor der Stadtkirche. — Gegründet 1878.)

Palmsonntag, den 24. März 1918.
Anfang 4 Uhr nachmittags (Einlaß 1/2 4 Uhr), Ende gegen 1/2 6 Uhr in der evangelischen Stadtkirche

Passions-Konzert.

Mitwirkende:
Fräulein **Sonja Sverdloff,** Opernsängerin aus Frankfurt a. M. (Sopran), Herr **Benno Ziegler,** Hofopernsänger hier (Bariton), Herr **Hermann Wesche** aus Baden-Baden (Solofagottist), Herr Musikdirektor **Georg Hofmann** hier (Orgel u. Begleitung)

Musikalische Leitung: Herr Musikdirektor **Max Thiede**

Die ausgegebenen weissen Karten berechtigen unsere Mitglieder zum **freien** Eintritt. Außerdem werden an Mitglieder gegen Vorweis der Mitgliedkarte und Zahlung eines Zuschlags von 50 Pfg. für einen numerierten Platz abgegeben. Ferner sind Eintrittskarten im Vorverkauf zu haben, und zwar für **numerierte Plätze zu 2.— Mk.** nur in der Hofmusikalienhandlung von **Fr. Doert** und bei Kirchendiener Rohrbeck und Karten **zu 1.— Mk.** ebendaselbst, sowie in den Musikalienhandlungen von **Fritz Müller** und **Franz Tafel,** ferner in der Buchhandlung von **Müller & Gräff,** am Marktplatz. Am Konzerttage findet die Kartenabgabe von 1/4 4 Uhr ab am Haupteingang zur Kirche statt. 1325

Der Ertrag wird der Kriegshilfe überwiesen. — Auch können am Ausgang der Kirche freiwillige Gaben für den gleichen wohltätigen Zweck gespendet werden.

Badischer Frauenverein, Abteilung II.
Fröbelscher Kindergarten
Kriegstraße 109 2339
Anmeldungen werden täglich von 9—11 und 3—5 Uhr entgegengenommen.

Lustige Blätter
Durch wundervolle Bilder und packenden Text
das humoristische Leibblatt
aller Feldgrauen und Daheimgebliebenen!
Feldpost- und Probe-Abonnements monatlich nur Mark 1.60. bei allen Buchhandlungen u. Postanstalten.
Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.

Gemüsesamen
Samen von Erbsen, Bohnen, Spinat, Karotten, Schwarzwurzeln, Rote Rüben, Mangold, Sellerie, Kresse, Kopfsalat, Feldsalat und verschiedenen Suppenkräutern werden in kleinen Mengen
Ettlingerstraße 6 abgegeben.
Von allen Kohlarten und Tomaten werden nur Setzlinge abgegeben über deren Abgabe später Anzeige erfolgt.
Städt. Gartenamt. K 8

Stoffschuhe und Pantoffel
aus Abfällen usw. fertigt Jeder sofort nach meinem präm. Lehrbuch mit Maßstäben und Schnitten an. 8007
Preis des Werkchens 1,25 Mk. per Nachnahme.
Willi Franke Beesenstedt 341 bei Halle a. S.

Tabak
garantiert rein, überseeisch
Pastoren-Tabak
10 Pak. à 63 gr M. 21.—
50 do. à 63 do. „ 100.—
100 do. à 63 do. „ 190.—
Feinster holländ. Portorico
10 Pak. à 100 gr M. 37.—
50 do. à 100 do. „ 170.—
100 do. à 100 do. „ 310.—
Streck-Tabak
bestehend aus **behördlich erlaubten** u. **versteuerten Ersatzstoffen** mit **echtem Tabak** vermischt
10 Pak. à 70 gr M. 8.—
50 do. à 70 do. „ 37.50
100 do. à 70 do. „ 70.—
Tabak-Ersatz
feinste Bremer Ware, durchaus vollwertig
10 Pak. à 100 gr M. 10.—
50 do à 100 do. „ 42.50
100 do. à 100 do. „ 75.—
1000 do. à 100 do. „ 700.—
Versand Nachnahme.
Bestellungen werden der Reihe nach erledigt. 15033
Sofortige Bestellung empfehlenswert!
Guttmann & Ehrlich
Berlin O 17/160.

Kunstmaler HEILIG Originale
werden zu **kaufen gesucht** von 1337
Fz. Otto Schwarz
— Kunsthandlung —
Kaiserstrasse 225.

Hamburger Einfuhrhaus
sucht für **Karlsruhe** und zur Bereisung des Grossherzogtums Baden einen
Vertreter.
Nur solche Bewerber kommen in Frage, die auf vieljährige kaufm. Tätigkeit zurückblicken, erstkl. Referenzen aufgeben können und im Besitze der Handelserlaubnis sind. Angebote unt. **H. C. 4128** bef. **Rudolf Mosse, Hamburg.** 8023

Seltene Gelegenheit.
Durch Uebernahme grösserer Bestände
offerieren wir — sehr preiswert
ca. 100 Pianos u. Harmoniums
u. a. Stuttgarter, Heilbronner, Leipziger u. Berliner Fabrikate, zum Teil Friedensware, zum Teil gespielte Instrumente. Auch Teilzahlung gestattet. 1227
L. Spiegel & Sohn,
kgl. bayr. Hoflieferant,
Ludwigshafen a. Rh.